Oesterreich in der Welt voran

Oesterreich ist Deutschland stets um eine Nasenlänge voraus. Dort befindet sich das Proletariat mitten in der „Gesundungskrise." Die sozialdemokratischen Schwindelmanöver von der Stabilisierung der Mark usw. haben die deutschen Proletarier in ihrer praktischen Auswirkung bis jetzt noch nicht kennen gelernt. Das soll erst noch kommen. Wie diese „Gesundungskrise" aussieht, das zeigt ein Brief, den ein Proletarier in der „Roten Fahne" veröffentlicht. Der Brief zeigt, daß nicht nur Wilhelm der Ausgekniffene, sondern auch die Gewerkschaftsbonzen die Proletarier „herrlichen Zeiten" entgegenzuführen vermögen. Wir lassen den Brief folgen:

„Lohnkürzung und Zehnstundentag".

„Momentane Arbeitslosigkeit trieb mich im August v. J. nach Deutsch-Oesterreich, wo ich in den Betrieben der zum Stinnes-Konzern gehörenden „Alpine-Montangesellschaft" Arbeit erhalten sollte.

Schon bei meiner Durchreise durch Wien hatten einsichtigere Arbeitskollegen mich vor Arbeitsaufnahme bei der betreffenden Gesellschaft gewarnt und mir empfohlen, wieder nach Hause zu reisen. In der Folge habe ich dann auch die Berechtigung dieser Warnung im vollstem Maße am eigenen Leibe verspüren müssen.

Schon die Art der Unterbringung an einem klimatisch so ungesunden Ort, wie es der Steirische Erzberg ist, spottet jeder Beschreibung. In frei liegenden und schlecht gegen Witterungseinflüsse geschützten Holzbaracken werden die Arbeiter engzusammengepfercht. Wanzen und anderes Ungeziefer fressen einen buchstäblich auf. Ein Strohsack mit halbverfaultem Stroh und zwei schmutzige, zerfetzte Decken bilden das Nachtlager. Die Arbeit besteht in der Tagesförderung von Erz auf sogenannten Passen. Hier herrscht ein so **rücksichtsloses Akkordsystem**, wie ich es sonst nirgends gefunden habe. Das Erz wird in Hunde gefüllt und als einziges Werkzeug hierzu dienen die **Hände**, unterstützt durch ein Kratzblech. Soll der Durchschnittslohn erreicht werden, so muß jeder Arbeiter auf diese Art sechs Hunde pro Schicht mit Erz füllen. Was das heißt, weiß nur, wer diese Arbeit einmal selbst mitgemacht hat. Dabei hagelt es Bestrafungen jeder Art. Geldstrafen bis 50 000 Kronen sind keine Seltenheit. Hierzu kommt die Unverschämtheit der Aufseher und Ingenieure, welche, aufgehetzt durch ihren Vorgesetzten Dr. Busch, die Arbeiter quälen, wo sie nur können. In den letzten Wochen ist

der Arbeitslohn ungefähr um die Hälfte zurückgesetzt

worden, während zu gleicher Zeit **Brot, Fleisch und andere Nahrungsmittel gestiegen sind.** Dazu kommt, daß den Arbeitern, welche kündigen, das Verdiente einfach nicht ausgezahlt wird, sondern daß man ihnen für die letzte Periode trotz Akkordarbeit usw. den Mindestlohn auszahlt, von welchem außerdem noch namhafte ungerechtfertigte Beträge in Abzug gebracht werden. So erhielt der Schreiber dieses in der letzten Periode (14 Tage) anstatt der verdienten 287.560 Kr. ohne Angabe des Grundes nur 162.500 Kronen. Hiervon wurden noch 118.000 Kronen abgezogen, so daß er mit dem Rest nicht einmal die Fahrt von Eisenerz bis Linz decken konnte. Der dem Arbeiter zugestandene Gebühren-Urlaub wird von den meisten ohne Grund verweigert und haben die stete schlechte Witterung und die noch schlechtere Behandlung und die äußerst ungesunde Arbeit einen Arbeitsgenossen in das Werkspital gebracht, dann kümmert sich kein Mensch mehr um den armen Teufel. So mußte ich während einer längeren Lungenentzündung dreimal an die Gesellschaft schreiben und erhielt erst nach acht Wochen, nachdem ich mich ganz energisch an die Generaldirektion in Wien gewandt hatte, meinen letzten Verdienst ausgehändigt.

Ueber die Behandlung der Arbeiter sei noch bemerkt, daß Reden, wie: „Wenn wir noch Monarchie hätten, würde ich dir eins in die Presse haun!" oder: „Halten Sie die Schnauze und scheren Sie sich zum Teufel!" noch zu den erträglichen gehören, die den apathisch gewordenen Arbeiter schon nicht mehr rühren. Anders, wenn auch nicht mit schönen Worten redet der Generalsekretär der Gesellschaft Dr. Buson mit den Arbeitern. Er sagte neulich anläßlich einer Wirtschaftsversammlung: „Bis jetzt hatten die Arbeiter ihren Karneval, wir sind jetzt die wirtschaftlich stärkeren und werden für einen Aschermittwoch sorgen." Und das sagt ein ehemalig sozialdemokratischer und dann von der Alpinen-Gesellschaft erkaufter Gewerkschaftssekretär des Oesterreichischen Bergarbeiterverbandes.

Gegenwärtig entläßt die Gesellschaft alle ihr mißliebig gewordenen Arbeiter. Solche, die erklären, auch **zehn Stunden zu arbeiten**, werden sofort wieder angenommen. Arbeit wäre genug da; das kann nicht der Grund der Entlassungen sein. Der richtige Grund ist der, unter den Arbeitslosen Leute zu finden, die sich um jeden Preis und zu jeder Bedingung zur Bergarbeit verwenden. Hier kann auch die von der Arbeiterschaft selbstständig eingeleitete Unterstützung der Arbeitslosen nicht helfen. Die Massen stellen bereits von den Toren und verlangen Arbeit um jeden Preis. In Wien sind es bereits über 200 000 Arbeitslose. Aus allen diesen Gründen warne ich die deutschen Bergarbeiter, sich durch irgendwelche Versprechungen nach Oesterreich in die Betriebe der dortigen Alpinen-Montangesellschaft locken zu lassen. Für alle von mir hier gemachten Aeußerungen übernehme ich die volle Verantwortung.

Heinz Ibold."

Der tschechische Kohlenstreik.

ots. Bohmisch, 20. Februar.

Im Bezirk Beneritzage ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Von 35 000 Bergarbeitern streiken 27 000. Die Grubenbesitzer wollen heute abend zusammentreten, um ihre Lohnbedingungen festzusetzen.

„Schutz der Republik" in der Tschechoslowakei.

R. Prag, 16. Februar.

Nach dem berüchtigten Schutzgesetzentwurf wurde dem Parlament eine Vorlage über die Errichtung von Staatsgerichtshöfen und eine weitere über die besonderen Pflichten der Staatsbeamten zum „Schutz der Republik" gegen die Kommunisten eingebracht.

Keine englische oder amerikanische Intervention.

WTB. London, 19. Perbuar.

Bonar Law erklärt in seinem Schlußwort, er wisse nicht, wann der Augenblick für eine Intervention kommen könne; daher sei er jedenfalls nicht gekommen, und es sei eine bessere Politik zu erwarten, als jetzt zu intervenieren. Im Interesse der Entente liege es auch, die britischen Truppen so lange als möglich in Deutschland zu belassen.

Ein Abänderungsantrag der Liberalen über die Ruhrbesetzung wurde mit großer Regierungsmehrheit zurückgewiesen. Es wird bemerkt, daß eine Anzahl der Arbeiterdelegierten sich der Stimme enthielt (!) und nicht gegen die Regierung stimmte.

Gleichzeitig wird aus Washington gemeldet, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Schritte in der europäischen Angelegenheit unternehmen werden.

Die Zentralausschußsitzung der KAPD.

Der am 18. Februar tagende Zentralausschuß der KAPD. hat die Partei zur höchsten Bereitschaft und Aktivität verpflichtet. Er hat die Schwäche des deutschen Proletariats auf der einen Seite, und die Größe der krisenhaft-katastrophalen Verwicklungen auf der anderen Seite aufgezeigt, und die Richtung erneut festgelegt, die es zu marschieren gilt unter den schwierigsten Bedingungen. Wenn man sich auch allseitig darüber klar war, das die KAPD. und AAU. die Geschichte nicht diktieren können, so herrschte doch darüber kein Zweifel, daß es jetzt alles aufzubieten gilt, um nicht selbst überrannt zu werden; um allen verderbbringenden Nationalismus und Pseudointernationalismus, wie er von Moskau ausgeht, die Stirn zu bieten. Davon, ob die Mitgliedschaft der KAPD. die Größe der Gefahr erkennt, und erkennt, daß es nicht auf lange Resolutionen, sondern auf die Aktivität der Partei und jedes einzelnen Mitgliedes ankommt, wird es abhängen, ob die Arbeit, die der Zentralausschuß leistete Gemeingut des Proletariats und die Partei in die Lage gesetzt wird, den ideologischen und organisatorischen Ring zu sprengen, in den das Proletariat geschmiedet und durch den das Proletariat an den untergehenden Kapitalismus gekettet ist.

Im ersten Tagesordnungspunkt: Politische und wirtschaftliche Lage analysierte der Referent den Zusammenstoß des deutschen und französischen Kapitalismus und zeigte die treibenden Kräfte dieses Zusammenstoßes auf. Der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik und die daraus resultierende unvermeidliche Auseinandersetzung, wie sie in dem Ruhrkrieg zum Ausdruck kommt, stellen das Kapital vor die Frage: entweder den Konflikt bis zum Weißbluten auszutragen, und so auf diesem Wege das eigene brutale Zerstörungswerk fortzusetzen, oder sich bei den unvermeidlichen fürchterlichen Auswirkungen auf das Proletariat und die dadurch hervorgerufene Rebellion desselben zu „verständigen". Wobei dies nicht ein reibungsloses Zusammenarbeiten des Kapitalismus gewährleistet sondern ein nur zwangsläufig erzwungenes Aneinanderrücken der um die Vorherrschaft ringenden Kapitalsgruppen. Da das Kapital den Weg zur höchsten Konzentration nicht gehen kann, ohne sich selbst zu überwinden, ohne sein Wesen selbst aufzugeben, sondern durch die Ineinander- und Aneinderschiebung der sich gegenseitig aufeinanderwachsenden Kapitalismen, die zu einem erzwungenen Block vereinigt, wiederum ihr Ziel darin sehen müssen den Profit zu erzwingen durch gesteigerte Ausbeutung des Proletariats; damit aber zu gleicher Zeit das letzte Absatzgebiet auspumpen durch die Vernichtung der Kaufkraft des Proletariats, muß sich die Krise des Kapitals fortwährend vertiefen und verschärfen, und in ihrer Konsequenz zu Verwicklungen in immer größeren Ausmaße führen. Schon heute zeigt sich, daß der Einsatz der kriegsführenden Mächte um die Vorherrschaft in dem Montankonzern bereits so groß ist, daß ein Nachlassen der einen oder anderen Seite faktisch nicht möglich erscheint, trotz der vorauszusehlichen und sich schon anzeigenden katastrophalen Folgen. Diese Folgen werden und müssen den Betrug des Burgfriedens sehr bald zerreißen. Aber alles, alle Arbeiterorganisationen sind mit dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb verbunden. Auf den „Roten Fahne" spricht die reinste Verzweiflung darüber, daß die deutsche Regierung diese Katastrophenpolitik fortsetzt. Der Schrei nach der „Arbeiterregierung" und nach Verhandlungen mit Frankreich, in denen Rußland durch die „Arbeiterregierung" das Ruhrgebiet dem deutschen Kapital erhalten will, weil der kapitalistische Aufbau in Rußland sonst in noch größere Schwierigkeiten geraten würde, liegt auf derselben Linie, wie die Proklamierung des Bergarbeiterstreiks in Frankreich durch die „Roten" Gewerkschaften. Das Ziel aller ist: Beilegung der Ruhe auf Kosten des Proletariats, wobei zur Ausschaltung der verwirrende reformistisch gefärbte Streiks sehr zweckdienliche Hilfsmittel sind. Denn nur ein Proletariat, das verblindet ohne sein Ziel zu erkennen, und nicht bewußt die Krise auf die Spitze treibt, um das Kapital zu stürzen, ist ein brauchbares Werkzeug für die russisch-nationale Außenpolitik.

Für uns gilt es, dem Proletariat die Unmöglichkeit des kapitalistischen Wiederaufbaues zum Bewußtsein zu bringen, und das Proletariat über den beschränkten nationalen Horizont zu erheben. Für uns gilt es, im revolutionären Sinne die Vereinigung des internationalen kämpfenden Proletariats herzustellen. Nicht unmögliche Parolen, sondern revolutionäre Realitäten müssen die Plattform des proletarischen Klassenkampfes sein. Verschiedene nationale Streiks mit verschiedenen nationalen Zielen zu einer Einheit zu verbinden, ist eine unmögliche und blöde Phrase. Der internationale Klassenkampf des Proletariats kann entweder geführt werden mit dem einzig möglichen internationalen Ziel: Sturz des internationalen Kapitals, oder es ist ein billiges demogogisches bezahltes Manöver Rußlands. Für uns gilt es, die Idee des wirklich internationalen Klassenkampfgedankens mit allen Mitteln zu propagieren, um so die ideellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchbruchsschlacht der internationalen Arbeiterklasse zu schaffen.

Die Berichte aus den Bezirken, die ein Bild von dem Stand der Organisation gaben, zeigten, daß noch viel Arbeit zu leisten ist. Die erschienen Vertreter (es waren alle Bezirke, mit Ausnahme Süd-West vertreten, sowie Vertreter der KAJ., der Union, und ein bulgarischer Genosse) gaben durch ihren Bericht zu erkennen, daß die erste und unumgängliche Voraussetzung der Partei sein muß, die Organisation zu festigen. Der G. H. A. ließ keinen Zweifel darüber, daß er in Zukunft noch mehr als bisher die säumigen Bezirke zu ihrer Pflicht heranziehen wird. Objektive und zuverlässige Berichterstattung an den G. H. A. intensivste Propaganda. Kein Mitglied ohne Funktion! Kurz: Die KAPD. wird in nächster Zeit zu beweisen haben, ob sie es versteht, Theorie und Praxis, Organisation und Prinzip zu der unzerstörbaren Einheit zu verschmelzen, die allen zersetzenden und auflösenden Dünsten, die dem allgemeinen Zusammenbruch entströmen zu trotzen vermag. Die KAPD. wird entweder die revolutionäre Partei des Proletariats sein, die Partei, die wirklich neue Wege geht, und das Banner der proletarischen Diktatur vorträgt, oder sie wird nicht sein.

Das Referat über die Jugend, sowie die Diskussion darüber brachte zum Ausdruck, daß der bestehende Beschluß, überall da, wo noch keine Jugendgruppen bestehen, von der Partei solche ins Leben zu rufen sind, soweit als möglich in die Tat umgesetzt werden müsse. Voraussetzung jedoch sei, daß die Jugend unentwegt an ihrem revolutionären Programm festhalte. Irgendwelchen Sondergruppen, wie z. B. der „Erwachenden Jugend" ist keinerlei Konzession zu machen.

In Anbetracht der sich verschärfenden Lage wurde betont, daß die Partei jetzt aus sich herausgehen, und gemeinsam mit KAJ. und Union und in derselben auf den Plan zu treten habe. Jedoch nur ein geschlossenes und einheitliches Auftreten einen Erfolg verbürge. Ein Antrag Berlin-Brandenburg (veröffentlicht in „Kaz." Nr. 13) wurde den Ortsgruppen zur Annahme empfohlen. Der Beschluß, daß jedes Mitglied der Partei, sowieit er in Arbeit steht, Abonnent der „Kaz." sein muß, soll restlos zur Durchführung gebracht werden. Getreu unserem Programm und Prinzipien soll und muß die Partei sich im Proletariat das revolutionäre Fundament schaffen, daß es ermöglicht, das Proletariat zur Wahl von revolutionären Aktionsausschüssen aufzurufen mit dem Ziel: Sturz der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Schwerpunkt liegt jetzt in den Bezirken, und bei jedem einzelnen Mitglied. Wir haben keine Veranlassung, uns in sozialdemokratischen gegenseitigen Lobjudeleien zu gefallen. Der schwerste Kampf liegt noch vor uns. Nicht durch Reden werden wir unsere Belastungsprobe bestehen, sondern durch selbstlose Aufopferung, die nur aus klarer Erkenntnis geboren wird. Selbstlos und treu zur proletarischen Sache zu stehen, unbeirrt und unbarmherzig alle Illusionen und Utopisterien abstreifen und ausrotten. Das Wort zur Tat werden zu lassen, und selbst auf dem steinigsten Boden nicht müde werden, das allein ist revolutionäre Arbeit, ist proletarische Tat. Und dies allein wird letzten Endes den Triumph verbürgen.

Neun Versammlungen

Donnerstag, den 22. Februar 1923, abends 7 Uhr:
Lichtenberg, Schulaula, Parkaue;
Moabit, Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24;
Norden, Pharus-Säle, großer Saal, Müllerstraße 142;
Freitag, den 23. Februar 1923, abends 7 Uhr:
Centrum, Boekers Festsäle, Weberstraße 17;
Südosten, Schulaula, Reichenberger-, Eche Forsterstraße;
Neukölln, Kliems Festsäle, großer Saal, Hasenheide.
Marienfelde, Schulaula, Kaiserstraße;
Weißensee, Albrechtshof, Parkstraße 16;
Reinickendorf-Ost, Bürgergarten, Hauptstraße.

Thema:
Zusammenbruch des Ruhrabenteuers und die Folgen für die Arbeiterklasse.

Mitteilungen

Funktionär-Versammlung Groß-Berlin.

Am Montag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, findet in der Schule, Gipsstraße, Zimmer 5, eine Funktionär-Versamlung der Partei statt.

Thema: „Bericht von der Zentral-Ausschuß-Sitzung."

Von Nr. 14 (zweite Hälfte Februar) kostet die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung":

Einzelnummer	100 M.
Abrechnung zu den Vertrg. pro Exemplar	140.— M.
Halbmonats-Abonnement (2. Hälfte Februar)	280.— M.
Einzelnummer durch die Post (2. Hälfte Feb.	650.— M.

Kommt für der Proletariats!
Werbt für Eure Presse!
Haltt die Schande der Revolution, die Kaz. nicht verstummen!

Preisschaltung.

Von „Besetzte Zone" 1000.—, von Halbe 1000.—, von Genossen Schulze 400.—.

Alle sozialistische und kommunistische Literatur besorgt und liefert der Verlag der KAPD., Landsberger Straße 6.

Verantwortlicher Redakteur: Artur Lieks, Lichterfelde-West. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Lüdecke & Co., Berlin O 17, Langestraße 79.

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Bezugspreis: Halbmonatlich 500.— M. frei ins Haus.
Durch die Post bezogen, halbmonatlich 650.— Mark.

Name: .....
Ort: ..... Str. ..... Nr. .....
Quergeb.: ..... Hinterh.: ..... Vorderh.: .....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „Kaz." Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit 10 Mark frankiert, einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 16. Preis 150 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berl. Bez.-Organisationen, im Straßenhandel, allen Postanstalten und durch den Verlag: Berlin NO, 18, Landsbergerstrasse 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 40029.

Abonnementpreis für Groß-Berlin 500 Mk. halbmonatlich. Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 650 Mk. halbmonatlich, nach dem Ausland 3000 Mk. monatlich.

Krisenzeichen

Die allgemeine Krise hat zweifellos bewirkt, daß sich alle von ihr Betroffenen den Wirkungen und Erscheinungen anpaßten. Das deutsche Proletariat hat sich mittlerweile an das Hungern gewöhnt, hat sich an seine Gewerkschaftsheldentaten gewöhnt, hat sich an die wechselnden Regierungen, an die blödsinnigsten Parolen, an den neuen Krieg und seine neuen „Führer" gewöhnt, und hat die Dinge laufen lassen. Es rührt sich auch heute noch nicht. Aber auch das deutsche Proletariat ist eine unberechenbare Größe. Ein Proletariat, daß so unendlich lange betrogen, getreten und genasführt wurde, und mittlerweile so auf den Hund gekommen ist, daß es durch die kommenden Ereignisse an den Rand des Abgrundes gebracht wird, bietet keine Garantie dafür, daß es nicht über die Stränge schlagen könnte. Eine Auseinandersetzung jedoch, ein offenes Aufeinanderstarke, noch gar nicht übersehbare Verwicklungen sind nichts für Spießernaturen. So erleben wir, daß die momentane Kirchhofsruhe in einem krassen Mißverhältnis steht zur tatsächlichen Lage. Der westliche Hexenkessel brodelt und gährt weiter. Wie lange wird es dauern, dann wird der auf die Spitze getriebene Sabotagekrieg das Industriezentrum zum Erliegen bringen, und damit hört auch das Herz der deutschen kapitalistischen Wirtschaft zu schlagen auf. Bei der Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft im internationalen Ausmaße wird der revolutionäre Zustand nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Wir sehen, daß wenn auch nach längerer Zeit erst, die kapitalistischen Explosivkräfte sich gewaltig zusammenballen, und durch ihre eigene Tendenz ihre Umlagerung zu zersprengen drohen. Mag auch das Kapital den Auswirkungen einer revolutionären Explosion rechtzeitig zu begegnen suchen, und den Krieg gegen das zur Verzweiflung getriebene Proletariat vorbereiten. Es begeht damit gewiß keine neue, einem revolutionären Proletarier überraschende Tat. Wer sich dem objektiven Gang der Revolution entgegenstellt, und statt klar sichtbaren Zielen, unverwendbaren Utopien nachjagt, der mag nach einem anderen Planeten auswandern, oder ins Kloster gehen. Ein Revolutionär sieht den kommenden, unvermeidlichen Erschütterungen klar und unerschrocken ins Gesicht, und kennt nur eine Aufgabe: Dem Proletariat die Erkenntnis von der Notwendigkeit seiner Aufgabe einzuhämmern, komme was da wolle.

Diese Tatsache, daß die kapitalistische Klasse ihrem eigenen Tun nicht Einhalt zu gebieten vermag, und so selbst auf die Katastrophe hinarbeitet, hat eine starke Nervosität in allen Kreisen der berufsmäßigen Maulrevolutionäre hervorgerufen. Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Hakenkreuz sehen den kommenden Dingen gerüstet entgegen, und werden durch ihre Haltung niemanden enttäuschen. Die gestörte Ruhe wird sie zu einem Block gegen das revolutionäre Proletariat zusammenschweißen, und es ist in der Tat gleichgültig, ob Noske, Severing, Hörsing, oder Ehrhardt, Hittler usw. die Rolle des deutschen Dalliffet zu übernehmen gedenken! Denn die Geister, Proletariat und Kapital werden sich, wie immer, scharf scheiden, und einer von beiden wird triumphieren.

Die sich zusehends verschärfende Lage, die den Stoßtrupp der Konterrevolution schon Morgenluft wittern läßt, scheint im Lager der KPD.-Bonzen schon viele unreine Unterhosen verursacht zu haben. Der Revolutionshusten dieser Gestalten ist das sichere Zeichen der dort grasierenden Revolutionsschwindsucht. Während sie sich schon alle vorbereiten, die Ministersessel, die bis jetzt stets der sicherste Hort vor der Revolution waren zu besteigen, muß man doch ein bischen Revolutionsgeschrei ertönen lassen, um den dummen Proleten von dem Weg abzulenken, den man zu gehen wünscht. Wer sich von der Angst und Feigheit überzeugen will, die jene Geister plagt, der braucht nur die „Rote Fahne" der letzten Tage zu lesen. Dort kommt die in unverhüllte Verzweiflung klar zum Ausdruck. „Nicht der Krieg, der Bürgerkrieg wird vorbereitet!" „Was tut die Sozialdemokratie?" „Severing hat „schweren Herzens" die Mitarbeit derselben zugesagt." Machen wir nicht mit, so bekommen die Monarchisten die ganze bewaffnete Macht in die Hand. Also binen wir mit an der Orgesch. „Das ist die Politik der Sozialdemokratie". Denn die Aufforderungen „Ruff der Konterrevolution ein energisches Halt entgegen!" „Zertretet den Verrat in euren eigenen Reihen!" Und damit kein Zweifel darüber entsteht, wie? „Kämpft für eine Arbeiterregierung aber schnell, wir lauern darauf, uns mit den Orgeschhandlangern die Sessel zu teilen. Formiert Stoßtrupps in den Betrieben — unter dem Kommando der Gewerkschaften. Um die Komödie zu einer vollständigen zu gesalten, wird noch ein großes Meeting veranstaltet „zum fünften Jahrestag der russischen Roten Armee". Man vergißt natürlich hinzuzufügen, daß diese Rote Armee sich schon längst in eine Armee zum Schutz des bürgerlichen Eigentums, zum Schutz des Profits entwickelt hat. Man vergißt den Arbeitern zu sagen, daß man, wenn man will, mit dem fünften Geburtstag der Roten Armee auch gleich den dritten Todestag und den dritten Geburtstag der Weißen Armee begehen könnte. Aber es kommt eben darauf an, mit Krach und Geschrei und Kino den wahren reaktionären Kurs zu verschleiern. Um gotteswillen keinen Bürgerkrieg, keine Revolution, keine Situation, die uns zwingt, Farbe zu bekennen. Wir haben uns in der Orgeschrepublik so fein eingerichtet. Sind auf dem Marsch nach Aemter und Würden. Haben eine so schöne große, legale Partei, und einen guten Klang im Bürgertum. Alles steht auf dem Spiel, wenn es schlimm kommen könnte. Die dummen Proleten in ihrer Einfalt denken vielleicht gar, daß wir alles opfern und dabei nichts gewinnen. Wir müssen auf alle Fälle eine Situation vermeiden, die zu einer klaren Stellungnahme zwingt. Wird unsere schöne, große, legale Massenpartei in den revolutionären Wirbel hineingerissen — dann ist alles vergebens gewesen, alles verloren.

Für das revolutionäre Proletariat gilt es mit hellen Augen und klarem Kopf vorzuarbeiten und dem Proletariat aufzuzeigen, daß auf Grund der kapitalistischen Entwicklungen die Entscheidung unausweichlich ist. Aber es geht um ein großes, um alles. Es geht um Sieg oder Niederlage. Der Sieg des Proletariats ist jedoch nur gewährleistet, wenn das Proletariat sich getrennt von seinen Henkern formiert, und nicht in Prügeleien mit den Hakenkreuzlern seine Kräfte verzettelt, sondern sich als organisierte Klasse in den Betrieben formiert, und die Vorbereitungen trifft, für die Uebernahme der Produktion! Wenn das Proletariat mit seinen revolutionären Räten kühn und entschlossen auf den Plan tritt, und die ganze kapitalistische Welt in Trümmern schlägt, und seine Diktatur aufrichtet. Und zwischen den revolutionären und konterrevolutionären Kräften wird und muß zerrieben werden, jene Mißgeburt von Lüge, Feigspiel und Heuchelei, die eine Entscheidung verhindern will, um in einer Luft, die jedem Menschen den Atem nimmt, sich aufzublähen und ihr Gift zu verspritzen.

Revolutionäres Jungproletariat Groß-Berlins!
Mitglieder der Arbeiterjugend, Proletarierjugend und Kommunistische Jugend!
Erscheint in Massen zur

Öffentl. Jugendversammlg.

am Mittwoch, den 7. März 1923, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Berlin N, Kirchhofstraße 4-6.

Thema: Was traumt und eint das Jungproletariat!

Freie Aussprache!

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Die „Stützungsaktion"

Das deutsche Kapital hatte sich bisher gegenüber jeder Möglichkeit, die Mark künstlich durch Aufbringen von Kapitalien zu stützen, widersetzt. Alle Anregungen, welche die Sozialdemokratie bisher gegeben hatte, um eine Sanierung der Mark zu ermöglichen, wurden schroff zurückgewiesen. Das deutsche Kapital benötigte die Geldentwertung, um sich Konjunkturmöglichkeiten zu schaffen. Es hoffte, daß das französische Kapital durch den Zerfall der deutschen Wirtschaft gezwungen wäre, entweder auf Reparationsleistungen zu verzichten, oder eine erhebliche Herabsetzung zu willigen. Als diese Bestrebungen an der Hartnäckigkeit des französischen Kapitals scheiterten, versuchte es zu einem Uebereinkommen zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu kommen. Es wollte sich verpflichten, den Wiederaufbau der französischen Industrie in den zerstörten Gebieten durchzuführen. Es verlangte aber dafür, daß ihm die Vormachtstellung in dem gemeinsamen Konzern eingeräumt werden sollte. Es wußte, daß das französische Kapital sich nicht ohne weiteres unterwerfen würde.

Es war von vornherein darauf zu rechnen, daß das französische Kapital ein Moratorium nicht gewähren würde. Das deutsche Kapital war wohl darauf gefaßt, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet die Antwort auf die Zahlungsverweigerung sein würde, es glaubte aber, daß es diese Tatsache noch längere Zeit durch Ausspielen der Gegensätze zwischen dem englischen und französischen Kapital hinausschieben könnte. Es sah sich aber in dieser Hoffnung getäuscht. Die Franzosen marschierten sofort ein. Es blieb daher dem deutschen Kapital keine Zeit, um den Widerstand durch finanzielle Maßnahmen wirksam zu unterstützen. Man hatte ursprünglich gehofft, daß man sich während der Verzögerung im Auslande eine genügende Unterstützung sichern könnte, so daß die Stützung der Mark sofort nach dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet beginnen konnte. Die Hilfe kam erst, als die Mark schon bis auf 50 000 für den Dollar gestiegen war. Die Reichsbank mußte auch diesmal am stärksten heran. Sie wurde gezwungen, nicht nur ihre eigenen Bestände in erheblichem Maße anzugreifen, sondern auch ihren ausländischen Kredit in weitestem Maße auszunutzen. Eine Abgabe von Gold mußte auf jeden Fall vermieden werden. Das deutsche Kapital wollte sich noch diese Reserve für alle Fälle erhalten. Die Reichsbank warf Devisen im Betrage von schätzungsweise 80 Millionen Goldmark aber auf den Markt. Dieser Betrag wurde vom deutschen Kapital glatt aufgenommen. Dies bedeutet ein Milliardengeschenk an den engumgrenzten Kreis des zum Devisenhandel zugelassene Großkapitals. Man wollte damit erreichen, daß der Devisenzufluß dem Industriekapital ein weiteres Durchhalten ermöglichte, außerdem sollte er als produktive Erwerbslosenfürsorge dienen. Man erwartete schließlich, daß die künstliche Senkung des Dollars auch zu einem Fallen der Preise, besonders in der Lebensmittelbranche führen würde. Die letztere Erwartung ist nicht eingetreten. Im Januar war die Preissteigerung im Kleinhandel erheblich geringer als die Dollarsteigung. Dafür aber ist sie trotz der Dollarsenkung infolge der Stützung der Mark im Laufe des Monats Februar so erheblich fortgeschritten, daß sie die des Dollars noch beträchtlich übersteigt. Es hat sich die alte Erfahrung bestätigt, daß das Kapital mit Preisermäßigungen bedeutend zurückhaltender als in Preissteigerungen ist. In dieser Beziehung ist die durch die Stützung der Mark erwartete Entlastung nicht erfolgt. Das Kapital sieht sich gezwungen, trotz Senkung des Dollars, die Löhne noch weiter zu erhöhen. Dies bedeutet aber keine Erhöhung des Reallohnes. Dazu kommt noch, daß die Zufuhr von Lebensmitteln künstlich eingeschränkt wird. Die deutsche Produktion bekommt dadurch eine Monopolstellung, die sie in ganz erheblichem Maße ausnützt.

Es hatte sich bald nach der Stützungsaktion herausgestellt, daß ein längeres Durchhalten mit den Beständen der Reichsbank nicht durchführbar ist. Das deutsche Kapital sah sich gezwungen, sich aktiv zu beteiligen. Es war sich darüber klar, daß die Aussichten für eine siegreiche Beendigung um so geringer war, wenn es nicht selbst von seinen Devisenbeständen zusteuerte. Es entschloß sich daher, eine innere Goldanleihe von 200 Millionen Goldmark oder 50 Millionen Dollar aufzulegen. Charakteristisch ist, daß das deutsche Kapital nur zu einem Kampffonds entschließt, während es die Hergabe eines gleichen Betrages zur Sanierung der deutschen Wirtschaft immer abgelehnt hat, und es noch heute ablehnen wird.

Die Erhaltung der Deutschen Wirtschaft ist ihnen vollkommen gleichgültig. Es kämpft nur um die Bedingungen, unter denen es in die französische Wirtschaft aufgehen kann. Auch die Art und Weise der Aufbringung der Anleihe zeigt den Gegensatz, der zwischen dem Finanz- und dem Industrie-Kapital in ihrer Stellung zur deutschen Wirtschaft herrscht. Das Finanzkapital hat sich verpflichtet, die Hälfte, also 25 Millionen Dollar auf eigene Rechnung zu übernehmen, weil der Rest allgemein im freien Verkehr aufgenommen werden soll. Das Industrie-Kapital beteiligt sich überhaupt nicht an der Anleihe. Es hält seine Wirtschaftskraft zusammen. Es drückt sich bewußt mit dem Hinweis, es brauche sein gesamtes Kapital für die Erhaltung der Produktion. Es kann sich diesen Standpunkt leisten, weil es weiß, daß das Finanzkapital bedeutend stärker mit der deutschen Wirtschaft verknüpft und aus diesem Grunde auch an der Erhaltung der deutschen Wirtschaft auf eine längere Zeit interessiert ist, ganz abgesehen davon, daß die Uebernahme auch ein gutes Geschäft bedeutet. Die Reichsbank hätte sich gezwungen gesehen, die weitere Gewährung von Kredit an die Banken davon abhängig zu machen, daß die Beleihung der Devisen eingestellt werden sollte. Es werden dadurch verschiedene Devisenbesitzer gezwungen, ihren Devisenbestand wieder abzugeben, um sich die für den Betrieb notwendigen Markbestände zu verschaffen. Durch diese Maßnahme verschaffte sich die Reichsbank die Möglichkeit, Devisen wieder hereinzubekommen. Da dies aber auf die Dauer notwendig zu einer Einschränkung der Produktion führen mußte, weil das Industrie-Kapital, um seinen Profit möglichst zu behalten, mit der Einschränkung von Devisen zurückhielt, so mußte eine Möglichkeit geschaffen werden, durch die dem Kapital die Erhaltung seines Profits gesichert wurde und gleichzeitig auch die notwendigen Markbestände zur Verfügung gestellt wurden. Es soll sich daher gezwungen, eine wertbeständige Anlage zu schaffen. Die Zeichnung kann nur durch Devisen erfolgen. Es werden dieselben Devisen jetzt wieder hereingenommen, welche kurz vorher durch die Reichsbank auf den Markt geworfen wurden. Das Kapital erhält dafür ein wertbeständiges Papier, das einmal jeder Zeit zu niedrigem Zinssatz mit Markbeträgen beliehen werden kann und daß es auch jeder Zeit, ohne Verlust, in Papiermark umwandeln kann.

Die Stücke sind im Börsenhandel zugelassen, es werden sich auch genügend Abnehmer unter dem nicht zum Devisenhandel zugelassenen Teil der Kapitalisten finden. Das Kapital hat so die Möglichkeit, sich jeder Zeit gegen mäßige Zinsen, die zur Finanzierung seines inlandsgeschäfts-Betriebes notwendigen Markkredite zu schaffen und sich seine geldbeständigen Anlagen, wenn auch mit einer geringeren Sicherheit, als es die Auslandsvaluten selbst bieten, zu erhalten. Es steht sich jedenfalls dabei bedeutend besser, als wenn es die Valuten einwechseln müßte. Das Finanzkapital sichert sich ebenfalls einen erhöhten Markkredit, mit den es durch Anleihe glänzende Geschäfte machen kann. Die Folge dieser Sanierung der Mark ist aber nur eine weitere Verbesserung der Mark. Die zweihundert Millionen Goldschatzanweisungen stellen, wenn man nur einen Kurs von zwanzigtausend Papiermark zugrunde legt, einen Gegenwert von tausend Milliarden dar. Nimmt man auch nur die niedrige Beleihungsgrenze von 50 000 an, so bedeutet dies eine Inflation von 500 Milliarden Papiermark. Da aber der Betrag von zweihundert Millionen Goldmark weder den Mark noch Kampfbedürfnissen genügen dürfte, so kann man sich vorstellen, was die weitere Entwicklung bringen wird. Die Inflation untergräbt jede Stützungsaktion. Es ist auf die Dauer nicht möglich, hohe Inlandspreise bei niedriger Währung zu halten. Das Gebäude der Stützungsaktion muß in sich zusammenbrechen. Für das Finanzkapital ist bei dieser Sachlage das Risiko erheblich größer als für das Industrie-Kapital; wenn auch das letztere im Laufe der Entwicklung selbst wird Beiträge zeichnen müssen. Wie verhältnismäßig gering der Erfolg der Anleihe eingeschätzt wird, geht schon daraus hervor, daß sich die Banken bereit erklärt haben, ihrerseits Papiermarkzahlung zum Goldkurse anzunehmen, für die sie selbst Devisen hergeben müssen. Die einzige Hoffnung ist, daß ein Sieg im Ruhrkampf noch eine vorläufige Ausnutzung der Zechen - Industrie ermöglicht. Es ist schon in einem früheren Artikel dargelegt worden, daß das französische Kapital die Ueberführung eines großen Teils der verarbeitenden deutschen Industrie in das französische Wirtschaftsgebiet beabsichtigt. Diese Maßnahme würde den Zusammenbruch des deutschen Finanzkapitals bedeuten. Es muß also alle Mittel einsetzen.

Das deutsche Kapital benutzt auch diesmal wieder die Stützungsaktion, um sich maßlos zu bereichern. Es wird der Auflösungsprozeß der deutschen Wirtschaft weiter beschleunigt. Selbst die Sozialdemokratie hat den Versuch eines organisch-produktiven Aufbaues aufgegeben. Sie ist schon hocherfreut, daß das Kapital die Arbeiterschaft „in ihrem Kampf gegen den nationalen Feind" unterstützt. Sie wagt im Rahmen des Burgfriedens gar nicht mehr, eine Erfassung der Sachwerte zu verlangen. Sie überläßt diese Parole der KPD. Die Lösung durch die Revolution, die allem Elend ein Ende machen würde, verlangt nur die KAPD. Sie sieht allein ganz klar die zukünftige Entwicklung.

Rundschau

Das Ende des französischen Bergarbeiter-Streiks

WTB. meldet aus Paris: Der Landesausschuß des kommunistischen Bergarbeiterverbandes hat am 21. Februar vormittag in einer außerordentlichen Sitzung über die Streiklage Erklärungen von Vertretern der verschiedenen Bergwerksgebiete entgegengenommen. Im Anschluß daran wurde für Mittwoch vormittag die **Wiederaufnahme der Arbeit im gesamten Bergbau** mit Ausnahme des Moselbepartements beschlossen. Falls in einigen Zentren die Arbeiterforderungen nicht erfüllt würden, soll der Streik am 4. März wieder aufgenommen werden.

Mit dem Streik der französischen Bergarbeiter wollte die III. Internationale in erster Linie ihre Internationalität beweisen, bewies jedoch in Wirklichkeit weiter nichts, als daß der geradezu lächerliche Rolle, der Verband der „Roten" Gewerkschaften zog es vor, durch eine große und demütige Verbeugung in seinem Aufruf seine Harmlosigkeit zu beweisen in dem er schreibt, **daß die Arbeiter auf den Schwiedel, daß es sich um etwas — also in Wirklichkeit um Politik handelte, beschlossen, der Streik vielmehr eine ganz bescheidene Lohnerhöhung zum Ziele habe.** Das hinderte die „Rote Fahne" jedoch nicht, jeden Tag den Schwindel neu aufzuwärmen, die schon geradezu berüchtigt gewordenen Betriebsräte mit ihrem „Grothe" an der Spitze — wer ihn einmal gehört hat, muß aufrichtiges Mitleid mit diesem Idioten empfinden — senden am Tage nach Abbruch des Streiks noch einen hochtrabenden Aufruf, in dem zu lesen steht:

„Wir sind mit Euch einer Meinung, daß jetzt die Stunde der internationalen Aktion gekommen ist. Wir werden alles aufbieten, um Euer Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse zu rechtfertigen. **Auf zum geeinigten Kampf des deutschen und französischen Proletariats gegen die deutsch-französische Ausbeuterklasse!"**

Man könnte die ganze Affäre von der lächerlichen Seite nehmen und diese Tröstung, um gar nicht wissen, was sie mit den russischen Millionen anfangen sollen, ruhig toben lassen, wenn sich hinter diesem Zigeunerradikalismus nicht eine bestimmter und wohlüberlegter konterrevolutionärer Kurs verbergen würde. Ob den „Betriebsräten" dies zum Bewußtsein kommt, sei dahingestellt. Alle Anzeichen sprechen vielmehr dafür, daß sie nur Puppen sind und viel zu dämlich sind, um zu begreifen, was sie für eine Rolle spielen.

In Wirklichkeit hätete sich diese „revolutionäre" Partei sehr wohl, prinzipiell zu der durch die Ruhrbesetzung geschaffene Lage Stellung zu nehmen. Sie schreit wohl eden Tag: Nieder mit Cuno und Poincaré stimmt laut mit ein. Die KPD. bezeichnet jeden als Schwindler, der ausspricht, daß nur der Sturz des Kapitals eine Rettung bringen kann und erzählt zu gleicher Zeit den französischen Proletariern von dem Kampf der deutschen Sektion gegen die eigene Regierung. Der Grubenarbeiterstreik in Saargebiet findet ebenfalls ein lebhaftes Echo bei dem deutschen Kapital. Die KPD. faselt von internationalen Aktionen. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß diese Streiks verhindert werden sollen. Im Gegenteil: Sie tragen objektiv zur Verschärfung der Lage bei. Die Aufgabe einer revolutionären Partei wäre jedoch, dem Proletariat zum Bewußtsein zu bringen, daß internationale Aktionen nur zum Ziele haben können, den Sturz des internationalen Kapitals, daß nur das internationale revolutionäre Klassenziel ein internationales und unzerreißbares Band bilden kann, und jeder national gebundene Streik, wenn er nicht in diese Richtung zielt, derjenigen Kapitalistengruppe praktische Unterstützung bringt, die aus Profitgründen ebenfalls gegen die bestrikte Kapitalistengruppe kämpft. Die III. Internationale bietet alles auf, um durch reformistische Ulbipsterreien das Proletariat von diesem Schritt abzuhalten. Wer die Dinge klar übersieht, wer die Angst in der „Roten Fahne" vor den Folgen des Ruhrkriegs zum Ausdruck kommt, beobachtet, der gibt sich keinen Illusionen darüber hin, sondern sieht deutlich und klar, daß die russischen Goldrubel sowohl als auch der ganze Parolenschwindel nur einem Zweck dient: Praktische Unterstützung des deutschen Kapitals. Daß sich die KPD. schon im Voraus als ehrlicher Makler anbietet, um zu „erfüllen", besagt genug.

Wenn das Internationale Proletariat erst begreift, daß nur ein gemeinsames Ziel eine Gewähr für wahre Solidarität verbürgt, und den Kampf um das Endziel vorbereitet und führt, dann hat die Sterbestunde für die Moskauer Internationale geschlagen. Dann wird das Proletariat erkennen, daß es nicht auf Phrasen ankommt, sondern auf Grundsätze.

Severing bringt sich in Erinnerung

Herr Severing hat momentan wieder alle Hände voll zu tun, um sich für kommende Dinge vorzubereiten. Die „kommenden schwierigen Wochen und Monate" werden wieder Arbeit bringen. So ist er gezwungen, auf der Tagung der Polizeibeamten erschienen und hat dort als Oberpolizist der kapitalistischen Ordnung seine Pläne entwickelt, wofür er von den dort anwesenden sowohl, als auch von der gesamten bürgerlichen Pressekanalille „stürmischen Beifall" erhielt.

„Ich habe der Einladung", so riet der Arbeiterschlächter aus „ihrem Verbandsorgan" als Vertreter der preußischen Zentralbehörde beizuwohnen, gern Folge geleistet, in derselben Erkenntnis, daß der Vorsitzende soeben Ausdruck gegeben hat, daß uns in diesen schwierigen Wochen und Monaten, die ein noch bevorstehen — und darüber hinaus selbstverständlich — nicht ein so guter Bundesgenosse sein kann, als die festgefügte Organisation der Polizeibeamten."

Es ist selbstverständlich, daß ein solcher „Sozialist" es nicht an Verständnis gegenüber den beschränkten und schimpfenden Kraftmeyers fehlen lassen darf. Er begrüßt die tapfere (?) Haltung der Tschoop im Ruhrgebiet, und stellt fest, daß die französischen Offiziere „zu grün" und die deutschen Demokraten „nicht blau genug" waren, um sich unter dessen Schutz zu stellen. In dieser nicht gerade rosigen Zukunft sieht das Kapital und seine Helfershelfer natürlich die einzige zuverlässige Stütze der kapitalistischen Ordnung in den „strammen Organisationen" der Gewerkschaften und Schupo. Herr Severing sagt dort wörtlich: „Ich bin erfreut darüber, daß wir neben den gewaltigen Organisationen der Transportarbeiter, der Bergarbeiter, auch eine festgefügte Organisation der Polizeibeamten in Essen, Recklinghausen, Gelsenkirchen und an anderen Orten gehabt haben. (Bravo!)"

Der Stolz des deutschen Proletariats ist demnach eine stramme Polizei und stramme Gewerkschaften zur Unterstützung derselben. Denn die kommenden Monate werden alle zusammen vor schwere Aufgaben stellen. Und wenn Severing von seinen Aufgaben spricht, so dürfte auch dem dümmsten Proleten nicht klar sein, was er — der Held von Mitteldeutschland — wohl meint. Der Ruf: „Rettet die Gewerkschaften" in Verbindung mit der „Arbeiterregierung" zeigt außerdem, das Severing mit seinen Getreuen im Falle der Gefahr wirklich nicht allein steht. — Die deutschen Proletarier werden letzten Endes, wenn sie nicht bald sehend werden, der Welt noch das Schauspiel bieten, daß sie, als die entscheidende Stunde kam, sich durch ihre eigenen „Klassenkampforganisationen zu Grunde richteten.

Die Angst der KPD. vor der Entlarvung

Nichts bringt die KPD. so außer Fassung, als wenn sich ihr „revolutionärer" Parlamentarismus als das erweist, was er ist: **Sand in die Augen der Arbeiter und Ruhe und Diäten für den Parlamentarier.** Das war am letzten Dienstag wieder einmal im preußischen Landtag der Fall, als diese Anwärter auf die Ministersessel den Proletariern vormachen wollten, daß sich der Bürgerkrieg durch Anträge und Abstimmungen im Parlament vermeiden ließe. Das war so ein richtiger KPD.-Antrag mit einem Dutzend Forderungen, die sich nun einmal im kapitalistischen Staat nicht verwirklichen lassen. Hier ist er, damit jeder Arbeiter erkennt, wie weit der Massenbetrug der KPD. geht:

„Sofortige Einstellung des Steuerabzugs bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die Beseitigung der Umsatz- und der Kohlensteuer, die Beschlagnahme lebenswichtiger Bedarfsmittel, die gesetzliche Festlegung des Produktionszwangs und der Ablieferungspflicht für alle Groß- und Mittelbetriebe direkte Zuwendungen bestimmter Lebensmittelmengen an Erwerbslose, Sozialrentner und Kriegsopfer."

Die Kapitalisten und die SPD. lehnten die Beratung dieses Antrages selbstverständlich ab. Die SPD. war eben der Meinung, daß sie allein genüge, um die Massen zu betrügen, dazu bedürfe es nicht noch einer KPD.-Sozialdemokratie. Als nunmehr ein anderer Antrag der Kommunisten auf verlängerte Redezeit abgelehnt wurde, stritten sich die alten und neuen Sozialdemokraten darüber, wer wohl am besten die Wahrheit sage. Bei dieser Gelegenheit gab es eine Gala-Vorstellung über revolutionären Parlamentarismus. Die SPD. fiel über die KPD. her. Es gab ein Geräusche und die Kapitalisten lachten dazu. Und nun ging der Streit weiter, wer wohl die Wahrheit sage. Es geht doch nichts über revolutionären Parlamentarismus. Besser können die Arbeiter darüber nicht aufgeklärt werden. Die „Rote Fahne" fühlt das auch instinktiv und beschwört ihre sozialdemokratische Gesinnungsgenossen, sie möchten doch um Gotteswillen auf den guten Ton halten und manierlicher sein. Der deutsche Michel könnte sonst merken, daß die Teilnahme von Sozialdemokraten und sogar Kommunisten das Parlament im Klassenstaat erst möglich macht. Die R. F. ist in heller Aufregung, daß „diese famose Taktik (der SPD.) zum Zusammenbruch der VSPD. führt". Wo sollten auch die KPD.-Führer hin, wenn die Arbeiter den Parlamentsbetrug in der KPD. erkannt haben. Darum die bange Sorge der KPD. um das Bestehen der VSPD.

Denn das nicht zieht . . .

Eigentlich ist ja jetzt nicht mehr ganz so zweifeln, daß die KPD. auf einem eingeschlagenen Wege ist, die Revolution zu machen, allerdings nur in der Form, daß die Gewerkschaftler kaum man das in der Roten Fahne lesen. Erfolge über Erfolge. Hier hat man die Mehrheit in der Zahlstelle, dort sogar in der Ortsverwaltung. Es werden jetzt sich damit sogar die Tatsache, daß trotz der kommunistischen Mehrheiten die Klassiker und Vorsitzenden in den eroberten Zahlstellen stramme Sozialdemokraten sind und trotzdem wiedergewählt werden. Nun was tuts, mit sich die Rote Fahne. — Dafür verabreicht sie dieselben Erfolge wie heilende Medizin mehrmals wöchentlich ihren unglücklig gewordenen Patienten.

Da der Glaube an die heilsame KPD.-Gewerkschaftstaktik aber trotzdem nachläßt — seine die „Opposition" in Berlin, Hamburg usw. — so werden eben neue Erfolge gebucht. Sogar einen **umwerfenden** Erfolg wird die Rote Fahne zu melden. Päplow mit seinen treuen Mitgliedern im Bauarbeiterverband wird vor Neid bersten. Denn der „Verband der Ausgeschlossenen" hat es in Eberswalde letztig gebracht, statt des Stundenlohnes von 6,5 Mark, der gewerkschaftlich errungen wurde, noch 150 Mark mehr herauszuholen. Man denke, vom Verband der Ausgeschlossenen, ohne Hilfe Päplows. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Die RF. hat leider vergessen, dabei mitzuteilen, wie hoch die Lebensmittelpreise geklettert sind, damit man den Erfolg erst richtig bewundern kann. Da hätten wir beinahe den Haupterfolg vergessen. Und der sollte der Verband der Ausgeschlossenen erst eingeahmt als Agitationsplakat drucken lassen. In der RF. ist zu lesen:

„Sodann wurde eine Tarifkommission gebildet, die sich aus zwei Vertretern der Unternehmer und zwei Vertretern des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter zusammensetzt und die den Auftrag hat, einen Ortstarif für Eberswalde auszuarbeiten. **Früher lehnten die Unternehmer jede Verhandlung mit dem Verbande der Ausgeschlossenen ab.**"

Sollte da nicht manches Mitglied stutzig werden, wenn es liest, daß der Verband der Ausgeschlossenen genau so verhandlungsfähig geworden ist, wie der Päplow-Verband? Nun, die Logik der Roten Fahne würde ihm sagen: Nein, das darf er aus Fraktionsdisziplin nicht, und wenn er bei all den Erfolgen und hohen Stundenlöhnen **verhungert.**

Wessen Brot ich esse . . .

Der Angestellte der „Union der Hand- und Kopfarbeiter", Nikolaus Holz, wurde als Delegierter zu dem im November 1922 tagenden Kongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale" nach Moskau entsandt. Von dort sandte er seinem Bruder Josef Holz einen Brief, den dieser — in der „Hamborner Ztg." (Zentrumsblatt (!) — veröffentlichte. Dieser „interessante" Brief lautet:

Moskau, den 20. November 1922.

„Wir deutschen Vertreter **der Union und KPD.** fuhren am 10. November 1922 von Berlin 2. Klasse über Königsberg—Eydtkuhnen nach Riga. Am 12. November kamen wir in Riga an und nahmen ein Hotel der russischen Botschaft gebracht. Tipptoppes Essen, feines Zimmer mit allem **Handbequemlichkeiten.** Herzliche, freundliche Aufnahme. Abends um 11 Uhr Abfahrt im Diplomatenwagen 1. Klasse (Schlafwagen mit Bett) nach Moskau. Unterwegs gab es Wecke, Wurst und gebratenes Fleisch. Eine herrliche Fahrt durch Wildnis und Steppe. Am 15. November in Moskau und mit Auto nach Hotel Lux. Jeder erhielt sofort 50 Millionen Rubel und jetzt ging es im Hotel Paris. Dort großes Diplomatenzimmer mit Schreibtisch, Sessels, Sofas. Bett mit allen herrschaftlichen Bedeutungen. Um 9 Uhr Frühstück, um 10 Uhr zweites Frühstück, um 4 Uhr großer Gala-Mittagstisch. Nebenbei noch die Festessen an der Universität, Holz, Bus, Textil und wie sie alle heißen mögen, zu denen wir auch mitessen müssen. Unsere Konferenz findet im Kreml, dem Krönungssaal der russischen Kaiser, statt. Das Präsidiumszimmer ist das Schlafzimmer der russischen Kaiserin Katharina, deren Bett noch dort steht. Die Räume sind in Gold, Seide, Perlen und dEdelsteinen gehalten; die herrlichsten Teppiche liegen und hängen an den Wänden und Treppen. **Wunderschöne Tage! O, würde ich bleiben können, käme ich nicht mehr nach Deutschland."**

*

Wir sind gewiß die Letzten, die da glauben, daß die mit Lebensgefahr verbundenen Strapazen, wie sie einst die Vertreter der KAPD. und AAU. ertragen mußten, um sich ihrer von der Mitgliedschaft erhaltenen Auftrages zu erledigen, notwendig sind. Die etwas auffällige, unterschiedliche Behandlung, die damals schon revolutionäre Proletarier in dem „Roten" Rußland über sich ergehen lassen mußten, im Gegensatz zu den „disziplinierten" Kostgängern, ließ jedoch schon damals jeden Delegierten ahnen, welch Lied er anstimmen muß, um „herrliche Tage" zu erleben. Seit dem ist natürlich vieles anders geworden. Die „Opposition", die das Wort „Disziplin" bei jeder Gelegenheit im Munde führt, ist zu einer unerläßlichen und notwendigen Einrichtung der Regierungsfirma geworden Die ganze Politik der Moskauer Päpste läuft darauf hinaus, die proletarischen Vertreter zu kaufen, und zu bestechen. Die sorgfältige Auswahl schon in den Ländern, als deren Vertreter sie fungieren sollen, bietet größtmögliche Gewähr, daß die angeführtesten Herrschaften hübsch „Disziplin" halten.

Dabei wundern sich dann die Proleten, daß ihre „Opposition" wie umgewandelt wiederkommt, und mit derselben Verve und mit demselben Pathos erneut das entgegengesetzte vertritt und nachplappert, als sie beauftragt war. Wer in die Dinge etwas hineingesehen hat, der wundert sich allerdings nicht, sondern er empfindet gegenüber diesen gekauften Elementen höchstens Ekel, in Verbindung mit Seelenverkäufern grenzenlose Verachtung. Aber kein revolutionärer Arbeiter wird deshalb die Flinte ins Korn werfen, sondern die Rätsels Lösung ist ganz einfach die: Heraus aus den Parlamenten, herunter von den staatlichen Futtertrögen, in Reih und Glied marschieren lassen alle, die mit dem Proletariat für die Revolution kämpfen wollen. Wenn es keine Posten mehr zu ergattern gibt, wie in der KAPD. und AAU. Wenn notwendig freigestellte Kräfte nicht korrumpiert werden können durch bessere Lebenshaltung, unter dauernder Kontrolle stehen, und jederzeit ersetzt werden können, dann ist die Gefahr der Korruption gebannt, und dem Proletariat werden nicht dauernd die besten Kräfte vom Kapital gekauft. Für die Mitglieder einer solchen — wirklich revolutionären Partei — heißt es dann auch allerdings: Selbst ist der Mann!

Von der Opposition, die keine ist

Absicht ist es nicht, es ist Zufall. Die „Rote Fahne" druckt aus Karl Liebknechts Nachlaß „Prinzipielles zur Taktik" ab und übrigens damit ungewollt so kräftig die sogenannte „Opposition" der KPD. in Berlin um Hamburg, daß den KPD.-Proletariern, die ehrlich glauben, auf dem richtigen Wege mit ihrer Opposition zu sein, die wahre Erkenntnis über den Betrug dieser Opposition leicht kommen muß. Karl Liebknecht schreibt:

„Das ganze „Oppositions"-Spiel der deutschen Regierungssozialisten, diese Politik der Regierungsunterstützung im Großen und des nörgelnden Gezänks im Kleinen ist vorbildmäßig typisch für die hilflose Ohnmacht der liberalen „Opposition". Es lehrt, wie jede Opposition im einzelnen notwendig in ihr Gegenteil umschlägt, in eine Politik zum Vorteil der scheinbar bekrittelten Regierung, wenn die Gesamtpolitik der Partei in eine Unterstützung der Regierung ausmündet. **Die Opposition im dasseinen wirkt dann nur dahin, die Partei populär zu machen, ihr Zulauf und Anhänger zu verschaffen, nur als ein Netz, in dem sie Fische fängt, um sie schließlich doch in den Kochtopf der Regierung zu liefern . . .**

Nur diejenige Opposition ist eine wirkliche, die eine der herrschenden Macht im Schlußergebnis selbständig entgegenstehende und sie schwächende Macht bildet, die der Regierungspolitik in ihren entscheidenden Aktionen, in denen sie laufend, die Summe aus der politischen Gesamtlage zieht, Kräfte nimmt, Kräfte entgegensetzt und so Abbruch tut. Wobei das Formale von dem Materiellen wohl zu unterscheiden ist: auch eine formal ganz korrekte, prinzipiell schneidende parlamentarische, in außerparlamentarische Opposition ist dann nur Schein-Opposition, wenn sie durch äußerlich-prinzipielles Verhalten machtloser Instanzen (z. B. Parteivertretungen in Scheinparlamenten!) die zu wirklichem Kampf fähigen und bereiten Faktoren in tatenlosen Gottvertrauen einwiegt, in stumpfe Gleichgültigkeit lullt, in ihrer Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft lähmt."

Wenn die Mitglieder der KPD. Liebknechts Worte so lesen und sich die Opposition der KPD. ansehen, dann werden sie sich unwillkürlich fragen, was unterscheidet die „Linken" von den „Rechten", wollen sie grundsätzlich etwas anderes, wollen sie das einzig mögliche in der Todeskrise des Kapitals: Fort vom Parlament und Zertrümmerung der Gewerkschaften? Nun, sie werden als Antwort das finden, was Karl Liebknecht meint: Diese Opposition wirkt wie ein Netz, in demsie Fische fängt, um sie in den großen Kochtopf der KPD. zu liefern.

„Wer se kennt, der kooft se nich"

Die unter diesem Motto erschienene „Galerie moderner Zeitgenossen" hat bei unserem Parteigenossen eine einigermaßen geteilte Aufnahme gefunden. Und in der Tat, es möchte scheinen, als sei bei diesen teuren Zeiten für diese Schiebudenfiguren nunmehrlich viel kostbareres Zeitungspapier verschwendet worden. Doch die Aufnahme dieses Artikels läßt sich sehr wohl rechtfertigen. — Da nach dem Leipziger Parteitag die KPD. getreu ihrem Ramsch-Grundsatz: „Die Menge muß es bringen! Großer Umsatz, kleiner Nutzen", ihre Zentrale auf die Stärke von 21 „Mann" brachte, erschien es immerhin angebracht, sich diese 21 mehr oder weniger frischgebackenen Götter einmal unter die Lupe zu nehmen. Um so mehr, als den nach diesen Warenhausprinzipien erzogenen proletarischen Mitgliedern der KPD. in der Mehrzahl ein zähneklappernder Respekt vor der „allmächtigen, allweisen" Zentrale in den Knochen sitzt.

Und so soll hier noch einmal in aller Kürze das Resumé dieser Artikel gezogen werden.

Wer sind die neuen 21?

Von den völlig „unbeschriebenen Blättern" abgesehen, ist wohl die beste Zensur, die einigen dieser „Helden" erteilt werden kann: Gute Leute — — — und höchste, höchste mittelmäßige Musikanten. Das sind aber die besten dieser Palmstaffelrekruten. Die andern? — Schieber, Carrièremacher, und alles von Moskau her bespielte Grammophonplatten. Konjunkturpolitik! — Aber nicht bei der persönlichen Charakterlosigkeit dieser Einzelmenschen liegt der Angelpunkt der politischen Charakterlosigkeit der KPD., sondern an dem System, das aus den politischen Zauberlehrlingen Marionetten an den Fäden aus Moskau macht. Ein Beispiel mag für viele sprechen: das Delikt Monmousseaus gleicht dem Delikt des ehrenwerten Häuptlings Brandler durchaus. Und man vergleiche die verschiedene Haltung der beiden vor Gericht . . .

Wir setzen die ausschlaggebenden Abschnitte beider Reden untereinander. Monmousseau erklärte:

„Ich bekenne mich zu allen meinen Artikeln, Reden und Taten und den Zielen, die sie verfolgen. Ich übernehme auch die volle Verantwortung für die Taten des Aktionskomitees gegen den Krieg und für die Essener Konferenz, an der ich teilnahm. Ich erkläre mich vollkommen solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die unter Führung der kommunistischen Organisationen gegen ihre eigene Regierung und gegen den französischen Imperialismus kämpft. Würde ich dies nicht tun, wäre ich unwürdig der Internationale, deren Mitglied ich bin."

Und also sprach Brandler:

„Herr Staatsanwalt! Wir sind mit der herrschenden Partei in Rußland längst verbündet. Dazu fordern wir kein Bündnis mit Rußland. Wir fordern das Bündnis durch die Regierung, weil wir meinen, daß dies der einzig richtige Ausweg ist, in unserer Lage, wo wir der Entente gegenüberstehen, und von ihr wie eine Zitrone ausgepreßt werden. Daß in dieser und unserer Forderung der einzig rettende Ausweg liegt, haben wir seit 1918 vertreten. Liegt darin etwa Hochverrat? Denken Sie sich doch in die Lage hinein — — —".

Monmousseau erlaubte man ein freies Zugeständnis unter ausdrücklicher Berufung auf die III. Internationale (lies Rußland, dem alles daran liegt, in der Republik als handelndes Subjekt, nicht nur als begehrenswerten Objekt anerkannt zu werden). Und Ehrenbrandler brief sich für sein Kneifen nach der Märzaktion gleichfalls auf die „Taktik der Parteizentralen" die damals wie heute von Rußland aus diktiert wurde und hantiert mit seiner „von der Exekutive inspirierten Verteidigung". Ja, aber andere Zeiten, anderes Kostüm. Damals galt es für den vom Osten her inspirierten „Kommunismus", noch, das Kapital an seine Engelsmenschheit glauben zu machen. Und heute? — Nun, heut ist das nicht mehr nötig. Die Welt ist von der Unzeitfähigkeit der III. Internationale nur zu sehr überzeugt. Darum darf sich heut ein eingeschworener Vasall der III. Internationale auch wieder materisch in eine bistrote Toga hüllen, und er darf sich, je nach seinem persönlichen Material, sogar den Luxus erlauben, ein Ehrenmann zu sein oder zu scheinen. Und nur der „Gunst der Umstände" verdanken wir es, daß sich Ehrenbrandler, abgesehen von seiner Flucht, schon während der Verhandlung demaskierte.

Sehen wir uns nun darauf das Verhalten der anderen an: es ist mancher darunter, auf den man einst bessere Hoffnungen haben konnte. Paul Fröhlicks antigewerkschaftlicher Artikel von einst mögen dem jetzigen Mitglied der Zentrale recht peinlich sein, und wer Böttcher am Verhandlungstreitag hörte, glaubte wohl kaum, daß der Mustersessel einst der Traum seiner schlaflosen Nächte werden würde — — — Ja, selbst Hugo Eberlein war einst ein hoffnungsvoller junger Mann — — — als Mitglied des Spartakusbundes; zwar war ihm sein Leben

Ueber die Einstellung des Intellektuellen im Klassenkampf und vom „verkinderten Kleinbürger."

Das Gros der in den Arbeiterparteien organisierten Intellektuellen setzt sich aus proletarisierten Kleinbürgern zusammen. Daraus resultiert ihre „Gefährlichkeit". Auf Grund der in der bürgerlichen Vergangenheit erworbenen formalen Gewandtheit und besseren wissenschaftlichen Vorbildung gelingt es ihnen, leichter zu einem „Führer"- resp. Unteroffiziersposten zu kommen. Ist diese, wenn auch nur im bescheidenen Maße, mit bürgerlicher Sicherung ihrer Existenz verknüpft, so leben leicht Instinkte bürgerlicher Vergangenheit auf, der Zweck wird zum Mittel — d. h. der Klassenkampf, die Bewegung ist beendet für sie im Moment, wo sie als Rädchen in der Organisationsmaschine verwendet werden. Organisation, zum Selbstzweck geworden, ist ihnen nunmehr Mittel, das verlorene Moment der bürgerlichen Stellung zu sichern resp. zu erhöhen. Damit ergibt sich eine ideologische Umstellung. Die Revolution wird als mögliche Zertrümmerung der existenzgarantierenden Maschine mehr gefürchtet, denn erzehnt; und so versagt der „eingerasteste" intellektuelle als treibender Faktor und wird zum Bremser.

Anders ist die Frage der freien intellektuellen Energie. Hier bewirkt die Proletarisierung leichtere Ueberwindung bürgerlicher Ideologie, die materielle Seite des soz. „beschiedenen Wohlstandes" wird als relativ wertlos erkannt, als ungenügendes Aequivalent für die geistige Armseligkeit des Mittelstandes. Derartige Elemente sind revolutionär zuverlässiger, als der Durchschnittsproletarier, der meist als ein „verhinderter Kleinbürger" anzusprechen ist.

Der zu „Amt und Würden" gekommene Proletarier, der bis dahin über Wert oder Unwert bürgerlicher Existenz nur platonische Betrachtungen anstellen konnte, ist den Bestechungen durch die Form ohne bürgerliches Existenz leicht zugänglich — ob sich diese Bestechungen nun als die „gute Stube" des Gewerkschaftsbeamten, das Auto des sozialistischen Ministers, „Zwecksessen" (mit reichlichem Alkoholgenuß) für parlamentarische Körperschaften oder dergl. darstellen. Der Geruchsinn eines Noske hat seine Wurzel, so barok es klingt, darin, daß auch „Gustav" einst ein „verhinderter Kleinbürger" war. Die fehlerhafte Konstruktion der Maschinerie unseres politischen Lebens, in dem der Traum eines jeden Funktionärs, die Versorgung durch die Arbeiterbewegung war, hat uns die „erhabenen Gestalten" eines Noske, Ebert usw. geliefert.

Was folgt daraus.

Die Notwendigkeit eines Umbaues der gesamten Arbeiterbewegung, so weit sie ernsthaft auf das Prädikat „revolutionär" Anspruch macht. Nach dem alten Berliner Wort: „Haste apart — und Bulletten apart." Die Tätigkeit innerhalb der Bewegung darf für keinen Funktionär mehr die Grundlage seiner bürgerlichen Existenz sein. Soweit die Tätigkeit voll ausgenutzter Arbeitskräfte nicht zu entbehren ist, darf das Entgeld für diese Tätigkeit den Durchschnittslohn des Handarbeiters nicht übersteigen. Nur dadurch und durch die Anstellung auf lederzeitigen Abruf kann sich eine Partei von der Züchtigung fragwürdiger Gestalten wie denen von Noske bis Brandler freihalten.

Grundeigentum

Eine Fabel.

Ein Marsbewohner kam einmal während seiner Reisen in ein schönes und großes Land unserer Erde. Große Flüsse bewässerten das Land, und wohin der Blick auch traf, überall sah der Marsmensch eine reiche Fruchtbarkeit. Er ging fröhlich singend seines Weges, da begegnete ihm ein Bewohner der Erde, dessen Angesicht, eine tiefe Bedrücktheit zeigte. „Guten Tag!" rief der Marsianer. „Guten Tag!" „Was fällt Ihnen denn?" . . . „Kein Geld." „Arbeiten Sie doch, dann haben Sie welches." „Ich kann keine Arbeit finden."

„Aber dann arbeiten Sie doch auf den brachliegenden Ländereien. Säen Sie Getreide, Mais, pflanzen Sie Kartoffeln, und andere nützliche Pflanzen. Machen Sie doch das!" „Der Grundbesitzer weigert sich, mich einzustellen."

„Was?"

„Ja, der Grundbesitzer läßt mich das Land nicht bebauen."

„Wer ist denn der Besitzer von Grund und Boden?"

„Der, dem das Land gehört!"

„Das verstehe ich nicht! Ihr sagt doch hier auf Erden, daß ein Gott die Erde geschaffen habe?"

„Ja, so sagt man."

„Und hat er die Erde denn nicht für alle geschaffen, damit sie ihre Nahrung gewinnen?"

„Ich habe davon schon reden hören. Es ist möglich. Ich aber weiß davon nichts."

„Wie kommt es denn, daß sich so ein Mensch zum Land- und Grundeigentümer aufwirft?"

„Das Gesetz gibt ihm das Recht dazu."

„Und wer macht das Gesetz?"

„Nun, wir!"

„Wer sind wir?"

„Die Wähler — ich und die andern."

„Und ihr, das Volk ihr macht Gesetze, die ein großes fruchtbares Stück Land einem einzigen Menschen überliefern, und zwar mit der Machtbefugnis, auch zu verhindern, diesen Grund und Boden zu bearbeiten? Und ihr andern lauft umher, bettelt um Arbeit, stirbt vor Hunger — ist denn das möglich?"

„Es ist so . . ."

„Nun, wenn ihr so verrückt seid, daß ihr lieber zugrunde geht vor Hunger, als es zu machen, wie es auf allen andern Welten der Fall ist — dann geschieht euch recht!"

„Wie soll ich das verstehen?"

„Nun," sagte der Marsianer, „ich habe einige Dutzend Wel

im Januar 1919 anscheinend zu wertvoll, um sich so wie Liebknecht und Levinè zu exponieren. Dafür war er in der Märzaktion freilich dafür, über Leichen — auch die der eigenen Genossen zu gehen. Und nun läßt ihn der Ruhm des großen Brandler nicht schlafen — — — er hätte so gern das Gegenstück zu dessen kulminanter Verteidigungsrede geliefert.

Was ist aber die Ursache all dieser Wandlungen? Sie alle sind Händler im Sozialismus. Erwerb und Ueberzeugung sind eng verkoppelt. Zwar Moskau vergißt die Seinen nicht. Wenn wirklich einmal die überkochende Volksseele eines Parteitages, an dem die Regie nicht recht klappte, einige vom östlichen Standpunkt aus brauchbare Individuen aus dem zentralen Teekessel rausspülte . . . so wurden, gleich unter welchem Etikett, einige neue Posten geschaffen: d. h. die Herrschaften sitzen auf Wartegeld. Für Opposition aber, die das jeweils erlaubte Maß überschreitet, gibt es nicht Raum noch Brot in der KPD. Niemand aber kann zween Herrn dienen: Der Revolution und dem russischen nationalen, kapitalistisch-arbeitsgemeinschaftlichen Wiederaufbau. Bei dieser Konkurrenz unterliegt die Revolution, denn sie zahlt nur in Wechseln auf die Zukunft. Der Rubel aber ist ein recht realer Faktor und läßt sich leichter in materielle Werte umsetzen. Und so

„Ist Brandler wohl ein ehrenwerter Mann
Und auch die andern, Alle ehrenwert."

Kapitalisten aller Länder, vereinigt euch

Die Parole der gelben Internationale.

London, 22. Februar. (EE.)

Die vier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, die das Ruhrgebiet bereist hatten, sind nach London zurückgekehrt und erstatteten ihren Bericht, in dem es heißt, daß die Stimmung im Ruhrgebiet sehr erbitter sei. Die Deutschen seien entschlossen, den Besatzungstruppen große Verlegenheiten zu bereiten. Die französischen Soldaten seien sehr nervös. Insbesondere die Bergarbeiter glauben an die Niederlage Frankreichs. Die Arbeiter seien überzeugt, daß Frankreich sich in drei Monaten aus dem Ruhrgebiet werden zurückziehen müssen. Aber in anderen Kreisen der Bevölkerung herrsche nicht dieselbe Ansicht. Die deutschen Kapitalisten täuschen ihre Arbeiter, die sie glauben machten, daß sie die Reparationen nicht bezahlen könnten. Die französischen Kapitalisten täuschen ihre Arbeiter, in dem sie ihnen erklärten, daß sie Deutschland zum Zahlen bringen könnten.

Die Mitglieder der Arbeiterpartei schlugen eine Internationalisierung der deutschen Bergwerke durch Frankreich, England, Italien, Belgien und Deutschland vor. Die Verwaltung der Bergwerke würde von einem internationalen Direktorium besorgt werden. Die Kohlen würden auf den bisherigen Märkten weiter verkauft werden. In gleicher Weise würden die Dividenden verteilt werden. Frankreich würde unter interalliierter Kontrolle zu seiner nationalen Sicherheit gelangen. England seinerseits würde Schutz gegenüber Weltkonkurrenz genießen, der es ausgesetzt sei, wenn es zu einer Vereinigung des lothringischen Erzes mit der Ruhrkohle kommen würde.

•

Allen Kapitalisten recht getan, ist eben eine Kunst, die niemand kann. Wenn es trotz der gutgemeinten Vorschläge der Delegation der englischen Arbeiterpartei, wie man den Profit am besten verteilt, nun nicht zu einer Einigung kommt, so ist dies gewiß nicht ihre Schuld. Sie haben ihre Pflich als kapitalistische Handlanger getan. Mehr, als daß man die eigenen Klassengenossen verschachert, kann man auch von den Amsterdamern nicht verlangen.

Wirtschaft

Die Wirkung des Ruhrkriegs auf die französische Wirtschaft

Betriebseinschränkungen französischer Hütten.

Der Ausfall des Ruhrkokses, der bis zur Ruhrbesetzung auf Reparationskonto geliefert worden war, zwingt die französischen Hütten zu großen Betriebseinschränkungen. Von den in Lothringen, dem für die französische Eisenerzerzeugung wichtigsten Gebiet, vorhandenen 70 Hochöfen waren unter Feuer:

Les Petits-Fils de François de Wendel	13	7
Sté Métallurgique de Knutange	5	3
Aciéries de Rombas	6	4
Union des Consommateurs (Hadondange)	4	3
Société Miniere des Terres Rouges	5	1
Redange Dilling	1	0
Nord et Lorraine (Uckange)	5	2
Lorraine Miniere et Métallurgique	5	1
(Hadir) Differange-St. Ingbert-Rumelange	2	1
	40	22

Die Hochofentätigkeit in diesem bisher tätigsten Bezirk der französischen Eisenindustrie ist danach in einem Monat fast auf 50 Prozent ihres bisherigen Standes gesunken und bereits geringer als Ende 1921.

Die Gesamtzahl der ausgeblasenen Hochöfen in allen Bezirken übersteigt danach bereits 35.

Paris, 22. Februar. (EE.)

Heute wird in Paris ein Kohlenkongreß unter Vorsitz Le Troquers eröffnet werden. Mit der Berichterstattung war Puller beauftragt worden, doch lehnte er dies aus persönlichen Gründen ab. Er gab jedoch dem Vertreter des „Echo de Paris" sehr wichtige Erklärungen ab, in denen er sagte: Im Winter 1922-23 haben sich die Kohlen rar gemacht. Auch die französische Kohle wurde in den Monaten Oktober und November knapp. Seit der Ruhrbesetzung hörten die deutschen Kohlenlieferungen auf. Die Versorgung der Industrie mit Heizmaterial wird immer schwieriger. Infolgedessen mußten die metallurgischen Werke ihre Tätigkeit um ein Drittel einschränken. Der englische Markt ist mit Aufträgen überhäuft. Von französischer, belgischer und deutscher Seite wird er mit Aufträgen geradezu überschwemmt. Die Folge ist eine Erhöhung des Kohlenpreises, die infolge der Steigerung des Pfundkurses sich noch steigern wird. Die französische Kohle deckt zwei Drittel der Bedürfnisse. 40 bis 60 Millionen to. werden in Frankreich jährlich gewonnen, die jedoch für den französischen Verbrauch vollkommen ungenügend sind. Frankreich muß also einführen. Der Koks aus dem Ruhrgebiet ist unbedingt notwendig, denn auf Belgien kann man nicht rechnen, weil es mehr Kohle braucht, als es selbst fördert. Trotz des guten Willens der Belgier können sie die Aufträge, die sie entgegengenommen haben, nicht ausführen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Am 12. Februar betrug die Zahl der englischen Arbeitslosen, wie nach amtlichen Angaben aus London gemeldet wird, 1 363 800. Das bedeutet eine Abnahme um 22 531 gegenüber der vorausgegangenen Woche und um 122 000 gegenüber Anfang Januar.

•

450,8 Milliarden neue Banknoten.

Der Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar zeigt, daß trotz der Markbesserung in der zweiten Februarwoche der Notenumlauf um 450,8 Milliarden zugenommen hat und damit einen neuen ungeheuren Rekord aufstellt. Der Notenumlauf ist mit 15. Februar auf 2703,8 Milliarden gestiegen. In der zweiten Februarwoche wurden bei der Reichsbank 376,7 Milliarden Mark Reichsschatzanweisungen eingereicht und 444 Milliarden Handelswechsel und Schecks.

•

Verdoppelung der Preise der Berliner Stadt- und Ringbahn

Zum 1. März werden die Fahrpreise im Berliner Stadt-Ring- und Vorortverkehr um 100 Prozent erhöht. Demgemäß werden die Einzelfahrkartenpreise der 1. Preisstufe in der 2. Klasse auf 320 und in der 3. Klasse auf 160 Mark festgesetzt. Für jede weitere Preisstufe werden 80 Mark in der 2. Klasse und 40 Mark in der 3. Klasse zugeschlagen. Der Berechnung der Monatskarten wird wie bisher der 25fache regelrechte Fahrpreis der Einzelkarte zugrunde gelegt. Die Preise für Schüler-, Monats- und Wochenkarten werden nach den bisherigen Grundsätzen berechnet. Die Mindestfahrpreise betragen demgemäß für Einzelfahrkarten in der 2. Klasse 320 und in der 3. Klasse 160 Mark, für Monatskarten in der zweiten Klasse 8000 und in der 3. Klasse 4000 Mark.

•

Erhöhung des Umlagepreises

Ein Markenbrot 1800 Mark.

Der 20. Ausschuß des Reichstages hat die Preise für das vierte und fünfte Sechstel des Umlagegetreides von 156 000 auf 600 000 Mark erhöht. Der Brotpreis wird dadurch für das Markenbrot auf 2000 Mark hochschnellen.

Verlag d. Kommunistisch. Arb.-Partei Deutschlds.
Berlin NO. 18, Landsbergerstrasse 6

Wir empfehlen zu äusserst billigen Preisen (Restauflagen):

Bebel
Die Frau u. d. Sozialismus (Pappbd.) 6000.-

Mehring
Geschichte der Sozialdemokratie (2 Bände, Halbleinen) 24000.-

Borchart
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen 300.-

Rühle
Liebe, Ehe und Familie 500.-

Gumbel
Vier Jahre politischer Mord (neu erschienen) 3500.-

Das kommunistische Manifest
Enthält Ausserdem: Das Programm der U.S.P.D., der K.P.D. u. S.P.D. . 300.-

Krapotkin
Die französische Revolution (Ganzleinen) 16000.-

Antiquariat:

Marx
Das Kapital (Volksausg. v. Kantsky) 16000.-

Meyers Lexikon
19 Bände, tadellos erhalten 50000.-

Vorstehende Preise gelten nur bis 1. März 1923

Jede andere sozialistische und komunistische Literatur am Lager.

Versand gegen Nachnahme, oder sofortiger Einsendung des Betrages. Genossen erhalten 5%, Rabatt. Verpackung und Porto zu Lasten des Empfängers.

Aus der Partei

Versammlungstätigkeit in den Berliner Außenbezirken

Der Bezirk Berlin-Brandenburg hat in den letzten Wochen eine erhöhte Propagandatätigkeit in den Außenbezirken entfaltet, teils in eigenen Versammlungen und teils in gegnerischen Versammlungen. Nachstehend kurzer Bericht:

Köpenik. Versammlung der SPD. Thema: „Die deutsche Republik von außen und innen gefährdet." Große Schlauala kurz nach 7 Uhr gefüllt. Unser Flugblatt wird vorher verbreitet. Die SPD.-Genossen reiben sich darum. Kurz nach 8 Uhr erscheint endlich das M. d. R. Crispien. Referiert zwei Stunden. Alles demokratische Phrasen — erhalten öfter einen roten Anstrich — sonst nur trockener Parlamentsbericht. Nach dem „lehrreichen" Vortrag erst Dank an den Referenten — Händedruck — dann demagogisch zehn Minuten Redezeit für die „freie Aussprache". Als erste der Diskussion spricht unsere Genossin C. Sie wehrt sich gegen die geistige Vergewaltigung der Versammlung. Zeigt dann an nackten Tatsachen, was eine Republik und besonders die „freieste der Welt" für das Proletariat bedeutet; daß es für uns nicht heißen kann, Schutz der Republik, sondern Sturz des ganzen kapitalistischen Systems mit samt der Republik und allen parlamentarischen Schwatzbuden. Kampf um die Diktatur des Proletariats ist unsere Parole.

Die Spießer brüllen Widerspruch, weil sie erstens aus ihrer Ruhe gerissen werden, und man kann nicht von ihnen verlangen, daß sie es kapieren — denn das hieße sich in geistige Unkosten stürzen. Als zweiter Diskussionsredner ein Vertreter der KPD. Es entspann sich ein köstlicher Konkurrenzkampf um die Ministersessel. —Crispin der Demagogie-Meister, hatte es leicht im Schlußwort „gut abzuschneiden". In bezug auf die KAP. und AAU. sagte er, daß wir uns zu Unrecht über zehn Minuten Redezeit beschwert hätten; — denn wir hätten ein Flugblatt verteilt, um daß zu lesen brauche man eine halbe Stunde, dann 15 Minuten gesprochen, also wären wir (nach Crispins Logik) dreiviertel Stunde zu Worte gekommen. Im übrigen seien wir Syndikalisten, und die hätte schon Marx bekämpft.

Der arme KPD.-Mann wurde schrecklich zerzaust. — Er rief der KPD. zu: was wollt ihr? Euer Cachin, mit dem ihr vi.. Reklame um Lapalien macht, war der größte Kriegshetzer. Im Kriege ging er im Auftrage der französischen Regierung nach Italien um für Fortführung des Krieges zu hetzen. Er tat dann in Rußland Buße und flehte um Aufnahme in die III. Internationale.

„Was seid Ihr geworden", rief K. ihm zu. Euer revolutionäre von R. Luxemburg geschriebenes Programm habt ihr längst verlassen, und habt dafür die 21 Punkte der III. Internationale angenommen. Euren Namen — Spartakusbund — habt ihr auf Befehl auslöschen müssen, und alle angeschlossenen Parteien haben nur den Namen KP. zu tragen. Eure Führer rufen selbst, daß ihr bisher noch keine revolutionäre Partei geworden seid. Ihr klagt auf dem Leipziger Parteitag „daß euch populäre Führer fehlen. Und Rußland? Deutsche Kapitalisten haben doch Lenin, Trotzki usw. in einem plombierten Zug nach Rußland geschickt, um dort gegen die zaristische Regierung zu revoltieren. Jetzt beuten sie schlimmer, wie je ein Kapitalismus die Proletarier aus. Die roten Gewerkschaften dürfen nicht kämpfen, weil sie sonst die Wirtschaft stören. Sie machen alle Konzessionen an das Kapital — selbst Militärbündnisse schließen sie mit den Kapitalisten ab. Crispin fuhr unter dem Jubel der Versammlung noch weiter fort, der KPD. sehr unangenehme Wahrheiten zu sagen.

Hohenschönhausen. Auch eine Versammlung der SPD. Referent— ein politisches Kind. Unsere Vertreter der KAP. und AAU. zerpflückten in dreiviertel Stunden die Illusionen und zeigten dem Proletariat den einzigen Ausweg, nicht im Kampf um Reformen, sondern um die Produktion, um die Macht! Die Versammlung stimmte unsern Rednern zu und ließ ihren eigenen Redner nicht das Schlußwort halten.

Westerhausen. Hier waren KPD.-Genossen an unsere Genossen herangetreten und hatten sie veranlaßt — gemeinsam eine öffentliche Versammlung zu machen. Wir erhielten erst nach Festsetzung der Versammlung davon Kenntnis. Die Versammlung bot ein eigenartiges Bild. Zwei Vorsitzende von zwei Parteien — zwei Referenten. Wer soll zuerst sprechen? Wir ließen der KPD. zuerst das Wort. Ihr Vorsitzender bat uns, doch sie um himmelswillen nicht anzugreifen, um der stark anwesenden SPD.-Genossen keine Freude zu machen. Unsere Genossin C. sagte ihm, daß unsere Grundsätze und die Sache des Proletariats höher stehen, wie das Urteil einiger SPD.-Genossen. Und wir haben in der Versammlung rücksichtslos den Massenbetrug der KPD. ausgesprochen, und da wir nichts gemeinsames haben. Das wir den schweren Kampf für die Revolution führen um die Macht des Proletariats.

Die Versammlung endete mit einem platten Fiasko der KPD., denn die Arbeiter wollten den Phrasenhelden nicht mehr hören.

Fürstenwalde bei Erkner. Hier hatten unsere Genossen zum ersten Male eine öffentliche Versammlung einberufen. Trotz der eisigen Kälte und des ungeheizten Saales war es ein guter Besuch zu verzeichnen.

Der Referat behandelte die Ruhrbesetzung, ihre Auswirkung und die Aufgaben des Proletariats. Dem Referat wurde oft zugestimmt. Trotzdem die Politik der KPD. stark angeölt wurde, meldete sich niemand von den zahlreich anwesenden KPD.-Genossen. Ein Arbeiter meldete sich und sagte daß er sehr enttäuscht sei über die opportunistische Politik und über die Schreibweise der „Roten Fahne". Er würde sich aus seinem Hause rausschmeißen, und forderte auch die anderen Genossen dazu auf. Mancher KPD.-Genosse sagte nur, daß sie uns näher stehn, wie zu ihrer Politik, nur müßten sie sich noch erst durchringen. Hoffentlich ist auch in F. das Samenkorn für fruchtbringende Arbeit der Revolution gelegt worden.

Mitteilungen

Funktionär-Versammlung Groß-Berlin.

Am Montag, den 26. Februar, abends 7 Uhr findet in der Schule, Ginsstraße, [illegible]

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Lichtenberg. Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestraße 7.

Bestellschein:
Der Unterzeichnete bestellt hiermit die
„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.
Bezugspreis: Halbmonatlich 580.— M. frei ins Haus.
Durch die Post bezogen, halbmonatlich 650.— Mark.

Name: .....

Ort: ..... Str. ..... Nr. .....

Quergeb.: ..... Hinterh. ..... Vorderh.: .....

Dieses Bestellschein bitten wir an den Verlag der „Kom. Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, in offenem Kuvert als „Drucksache" mit 10 Mark frankiert einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 17. Preis 150 Mk.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berl. Bez.-Organisationen, im Strassenhandel, allen Postanstalten und durch den Verlag: Berlin NO. 18, Landsbergerstrasse 6.

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6 Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Abonnementpreis für Groß-Berlin 580 Mk. halbmonatlich Versand durch die Post innerhalb Deutschlands 650 Mk. halbmonatlich, nach dem Ausland 3000 Mk. monatlich.

„Hundertschaften" - zum Schutze der Republik

Der eherne Gang der geschichtlichen Entwicklung muß notwendig alle diejenigen zur Verzweiflung treiben, die diese Verhältnisse „stabilisieren" wollen. Wer sein Asyl zwischen zwei Heerlagern aufgeschlagen hat, und sieht, daß zwischen den beiden Heerhaufen die letzte unvermeidliche Auseinandersetzung mit eiserner Konsequenz naht, der wird natürlich nervös. Er wird „aktiv". Mag der Zeitpunkt auch noch in mehr oder weniger weiter Ferne liegen, wo die Verhältnisse eine Entscheidung erzwingen: Die den zur Entscheidung drängenden Elementen innewohnenden unwiderstehlichen Kräfte steuern mit eherner Konsequenz auf das Ziel los und ziehen sich gegenseitig an wie zwei Pole. Der große Sumpf, der bis jetzt noch die Grundlage der Stabilität ist, wird mehr und mehr trocken gelegt, die Frösche, die eben nichts schöneres, nichts größeres kennen als ihren Sumpf, fühlen sich in ihrer Heimat bedroht, und quaken nun ohne Unterlaß: Rettet den Sumpf. Die Parolen der KPD., die in diesem Sumpf, in dieser Stickluft sich aufblähte, und und in der es wie in einem beschädigten Ameisenhaufen kribbelt und wimmelt, tanzen wie irrlicher über diesem Sumpf. Die neueste Parole ist die „proletarischen Hundertschaften".

Bevor wir auf Zweck und Ziel eingehen, das die KPD. denselben steckt, möchten wir dem deutschen Proletariat gleich verraten, daß dieser neueste Schwindel noch nicht einmal neu ist. Er ist in doppelter Hinsicht nicht neu. Erstens ist diese „Arbeitermiliz" eine alte Forderung des sozialdemokratischen Programs, und sie wurde zum Zwecke der Niederschlagung des revolutionären Proletariats 1918 realisiert. Die Berge von Leichen, die die deutsche Konterrevolution bis heute auftürmte, was das Werk — wenigstens zum großen Teil — der „Arbeitermiliz". Die Führung dieses Werkzeuges der Konterrevolution lag in den Händen der Sozialdemokraten, die eben die Demokratie retten mußten. Die Demokratie ist heute gerettet, und erfreut sich einer gewerkschaftlich organisierten, zum größten Teil sozialdemokratischen Schupo. Sogar zu einer „roten Fraktion" hat es die KPD. schon gebracht. Die Aufgabe dieser vorschriftsmäßigen Miliz ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Schutz des bürgerlichen Eigentums. Die Proletarier verrecken in Scharen unter dieser Ordnung.

Zweitens hat sich das österreichische Proletariat eine „Miliz" gebaut. Es hat noch nicht einmal Monarchisten da drin geduldet, und richtige Arbeiter aus den Betrieben dort hineingesteckt. Diese bewaffnete Miliz hat sogar des öfteren gemeinsam mit den Arbeitern in den Betrieben gegen die „Reaktion" demonstriert. Die „Miliz" wählte ihre Führer selbst. — Heute verrecken die österreichischen Proletarier, wie die Fliegen im Herbst, und die Miliz sorgt hübsch für „Ruhe und Ordnung" und schützt das verreckende Proletariat vor der „Reaktion". Hunderttausende von Arbeitslosen leben laut sozialdemokratischer „Arbeiterzeitung" von bitterem Tee und trocken Brot. Weitere Zehntausende kommen gar nicht in den „Genuß" der Erwerbslosenfürsorge und befolgen die Parole: „Schützt die Republik".

In allen Fällen jedoch sind die Sumpfparteien und ihr Klüngel gerettet worden. Die Gewerkschaften in Oesterreich haben alles fast bis auf den letzten Mann organisiert. Die „Arbeitermiliz" ist auf militärischem Gebiet das, was die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen auf wirtschaftlichen und politischem Gebiet sind, oder sie sind vielmehr ein Teil der Gewerkschaften und stehen unter gewerkschaftlichem Befehl. So wie jeder, der sich offen gegen den Verrat der Gewerkschaften auflehnt sliegt, so fliegt auch jeder, der sich den Richtlinien der „Miliz" nicht fügt, aus derselben. Sie ist die militärische Nothilfe der Gewerkschaften. Die Nothilfe in Deutschland ist aufgelöst, weil die Gewerkschaften deren Verpflichtungen übernahmen. Das Proletariat züchtigt sich selbst, es braucht dazu das Kapital nicht mehr. Die Miliz soll die Reichswehr ersetzen, die Arbeiter sorgen besser für Ruhe und Ordnung wie diese: das ist die Logik der Sumpfbewohner. Zum Beweis dafür zitieren wir aus dem Haufen von Resolutionen, eine die der „kommunistische" Ortsausschuß Opladen an den ADGB. richtet, dort heißt es:

Die Selbstschutzorganisationen haben den Zweck:
1. Schutz der Arbeiterschaft vor den Angriffen und Ueberfällen konterrevolutionärer faszistischer Banden;
2. Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen und Arbeitsplätzen;
3. Schutz der Republik vor Angriffen der Reaktion.
4. Schutz der Einrichtungen der Gewerkschaften und proletarischen Parteien;

Man kann den ganzen Kohl auf ein Format bringen: „Schutz der Republik, Ruhe und Ordnung." Diese Miliz, die die kapitalistische Verfassung schützen, und die Ordnung des Profits stützen soll, hat dann die Aufgabe, gegen den Faszismus zu „kämpfen", und die „proletarische Rechte" (!) bei Angriffen zu verteidigen. Es sollen „nationalistisch reaktionäre Kundgebungen" verhindert werden. Das „reaktionäre" beginnt nach dieser Logik da, wo die humane Ausbeutung aufhört, denn nur sie richten sich gegen die „Freiheit" (!) der Arbeiterklasse. Glückliches deutsches Proletariat, du brauchst nicht mehr für deine Freiheit kämpfen, du hast sie schon. Du brauchst die bestehende Freiheit nur noch verteidigen. Schaff dir frei nach Brandler eine Miliz unter der Kommando deiner bewährten Gewerkschaften. Setz ein paar „Kommunisten" an die Staatsfutterkrippen, laß dich nicht provozieren, sondern verrecke hübsch unter dem Kommando der „Arbeiterregierung" und du hast „die Diktatur des Proletariats im Rahmen der Demokratie", das man alles so brummt.

Das deutsche Proletariat wird früher, als es selbst ahnt, da stehen, wo das österreichische Proletariat heute steht. Die Tausende, die jeden Tag verrecken, sind nicht ein Opfer des Faszismus, sondern ein Opfer der Demokratie, des demokratischen Kapitals. Von denen die das Proletariat mit dieser Maskerade abhalten wollen von seinem ureigentsten Ziel, wird keiner das Los derer teilen, die in der demokratischen Hölle zugrunde gehen. Ihr Schrei nach „geordneten Verhältnissen" ist nur allzu berechtigt. In dem Moment jedoch, wo das Proletariat Miene machen wird, das Joch abzuschütteln, und einer fluchbeladenen Gesellschaftsordnung den Todesstoß zu versetzen sich anschickt, da werden alle „auf dem Boden der Verfassung" stehen oder es werden alle „Faszisten" sein. Die kaiserlichen Generäle und Hakenkreuzbanden haben bis jetzt stets unter dem Jubel der demokratischen Ordnungselemente und der Gewerkschaften das Proletariat niederschlagen. Ihnen das Proletariat zuzutreiben, heißt das Proletariat morden durch das Proletariat.

Bewaffnung des Proletariats heißt Bewaffnung der Revolution! heißt Entwaffnung der Bourgeoisie, heißt Sturz des Kapitals mit samt seiner Verfassung und seiner Republik. Das Proletariat wird einmal, den sicheren Untergang vor Augen sich erheben müssen, um die kapitalistische Ordnung an der Wurzel zu packen, und wehe, läßt es sich von Berufsschwindlern ein zweites Mal betören. Die revolutionäre Erhebung des Proletariats gegen das Kapital, und der Wille zur Revolution wird die Waffenfrage zu lösen wissen — zum Schrecken derer, die die Angst vor der Revolution so erfinderisch macht, und die nur eine Sorge haben: Mit den Henkern und Schlächtern der revolutionären Vorhut sich durch eine Leibgarde zu sichern, vor den anstürmenden Arbeiterbataillonen.

Die Politik Rußlands

Der sich zwischen dem deutschen und französischen Kapital augenblicklich abspielende Kampf um die Beherrschung des Ruhrgebietes, greift auch in das Gebiet der russischen Wirtschaft ein. Die Produktion in den beiden Ländern ist enorm gehemmt oder nur auf die Befriedigung der unmittelbaren Kriegsbedürfnisse gerichtet. Eine Ausfuhr findet aus beiden Ländern in erheblich reduziertem Maße statt. Mit der vollständigen Lahmlegung der deutschen Produktion ist binnen kurzem zu rechnen. Dies würde noch zu ertragen sein. Aber diese Länder sind infolge der Unmöglichkeit, durch ihre eigene Produktion im bisherigen Umfange den Binnenmarkt zu befriedigen und die Produktion aufrecht zu erhalten, gezwungen, ganz erhebliche Aufträge im Ausland unterzubringen. Der englische, amerikanische und sogar der österreichische Markt weisen bedeutende Steigerung der Beschäftigung auf. Es ist ganz klar, daß dies auf die Einfuhr nach Rußland zurückwirkt. Das Ausbleiben der Versorgung drückt aber weniger auf den russischen Markt, als die Sorgen um die zukünftige Gestaltung der europäischen Verhältnisse. Die russische Wirtschaft ist auf die Zufuhr von Industrieprodukten angewiesen. Sie muß zusehen, daß sie so billig als möglich bedient wird. Sie hat infolgedessen ein Interesse daran, daß der Industriestaat erhalten bleibt, dessen Preise am weitesten unter dem Weltmarktniveau stehen, und der ihr äußerdem noch die günstigsten Bedingungen stellt. Das deutsche Kapital hat sich durch den Rapallovertrag prinzipiell ohne Rücksicht auf die Vergangenheit, bereit erklärt, den russischen Wiederaufbau vorzunehmen. Es sollte damals, für Rechnung des englischen Kapitals erfolgen. Dieser Plan ist an der Hartnäckigkeit des französischen Kapitals gescheitert. Deshalb ist diese Idee keineswegs aufgegeben worden, sondern nur auf eine andere Grundlage gestellt. Das russische Kapital mußte sich entschließen, den Aufbau der Wirtschaft aus eigener Kraft zu übernehmen. Neben dem deutschen hat sich nur das englische Kapital in erheblichem Maße mit der Belieferung des russischen Marktes befaßt. Frankreich hat jede Beteiligung abgelehnt. Es verlangte, daß das russische Kapital sich vorher zur Rückzahlung der dem zaristischen Rußland geliehenen 17 Milliarden Francs verpflichtete. Dazu konnte sich aber die russische Regierung nicht verpflichten. Diese Ausschaltung des französischen Kapitals war aber nur so lange möglich und durchführbar, als die wirtschaftliche Verbindung mit dem deutschen Kapital bestand und dieses in der Lage war, für den russischen Bedarf in erheblichem Maße zu arbeiten. Aus diesem Grunde lag den die russische Wirtschaft leitenden „Kommunisten" und der russischen Bourgeoisie sehr viel daran, die Bestrebungen, die auf eine Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft hingen, zu unterstützen. Es mußte außerdem die Störung der Ruhe und Ordnung innerhalb der deutschen Wirtschaft vermieden werden. Dies führte zuerst zu einer Unterstützung der Erfüllungspolitik. Die revolutionäre Propaganda gegen den Versailler Frieden wurde allmählich abgebaut bis zur Erfassung der Sachwerte der Kapitalisten für den Versailler Vertrag durch das Proletariat. Nicht anders war es mit der Förderung des Gedankens der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und der Diktatur des Proletariats. Die Revolution wurde zur Phrase und die Diktatur zur Arbeiterregierung. Man gründete überall die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, um sich so den notwendigen Anschluß an den konterrevolutionären Teil des Proletariats zu verschaffen. Auf der anderen Seite baute man in Rußland selbst eine revolutionäre Errungenschaft nach der anderen ab und förderte in jeder Beziehung eine kapitalistische Entwicklung. Die russische Bourgeoisie erstarkte immer mehr; die Weltrevolution wurde zu ihrem Aushängeschild, hinter dem sie sehr gut ihre nackten Kapitalinteressen verbergen konnte. Das national-russisch wirtschaftliche Denken wurde zum Leitfaden der Politik der KPD. und der von ihr abhängigen dritten Internationale. Dies hat sich auch in der letzten Phase der kapitalistischen Auseinandersetzungen gezeigt. Von einer revolutionären Politik, die die kapitalistischen Gegensätze ausnutzt, um den beteiligten Proletariern die Erkenntnis von der Unmöglichkeit einer weiteren Existenz auf der bisherigen gesellschaftlichen Grundlage einzuimpfen, ist keine Spur. Die Sowjetregierung und ihre Trabanten in der KPD. und der KPF. stehen nicht über der kapitalistischen Politik, sondern unten in ihr. Dies ist auch nicht anders möglich, da die Entwicklung der russischen Wirtschaft von dem Ausgang des zwischen dem deutschen und französischen Kapital schwebenden Kampfes abhängig ist. Die III. Internationale hat sich für das deutsche Kapital entschieden. Es wurden allenthalben einzige